

Staatsrat sagt Ja zum Geldspielgesetz

FREIBURG Die Kantonsregierung unterstützt das Geldspielgesetz, über das am 10. Juni abgestimmt wird. Dies teilt sie in einem Communiqué mit. Das Gesetz entspreche den Vorgaben der Verfassung, wonach die Reingewinne aus Geldspielen für gemeinnützige Zwecke verwendet werden müssen, heisst es. Diese Voraussetzung schliesse faktisch private Anbieter aus dem Ausland aus, welche ihr Spielangebot zu rein lukrativen Zwecken betreiben würden. «Mit diesem Gesetz können nicht nur der Schutz der Bevölkerung, sondern auch die Präventivmassnahmen gegen exzessives Spiel sowie die Behandlungsmöglichkeiten für spielsüchtige Personen verstärkt werden», hält der Staatsrat fest. Dafür seien Massnahmen zur Sperrung des Zugangs zu illegalen Websites notwendig. *jcg*

Jean-François Rime wurde wiedergewählt

BERN Jean-François Rime wurde gestern anlässlich des Schweizerischen Gewerbekongresses im Kursaal Bern als Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands wie erwartet wiedergewählt – zumal es keine Gegenkandidaturen gab. Dies teilte der Verband auf Twitter mit. Dies wird die vierte zweijährige Amtszeit des 67-Jährigen, welcher der erste Westschweizer ist, der dieses Amt bekleidet. Verbunden mit der Kandidatur war bereits im Vorfeld die Bedingung, dass Rime 2019 erneut für die SVP zu den Nationalratswahlen antritt (die FN berichteten). Denn der Verbandspräsident muss zwei Hauptbedingungen erfüllen: Er muss im Bundesparlament sein, und er muss wirtschaftlich in einem Betrieb tätig sein. Jean-François Rime erfüllt beides. Er ist Einzel- oder Mehrheitsaktionär der Sägerei Desponds, der Sagérime AG sowie einer kleinen Gartenbaufirma. *jcg*

Wenn das Spielen zur Sucht wird

Vom 27. bis zum 29. Juni findet in Freiburg ein internationales Symposium zum Thema Spielsucht statt. Gleichzeitig wird auf dem Python-Platz eine interaktive «Roadshow» zum Thema aufgestellt sein.

Jean-Claude Goldschmid

FREIBURG Der 20-jährige Marc (Namen geändert), der Nacht für Nacht in eine künstliche Welt der Rollenspiele versinkt und den Bezug zur Realität verliert – bis zur Diagnose Schizophrenie. Der 38-jährige Antoine, der mit «Börsenspielen» Schulden von 100 000 Franken anhäuft und seine Ehe gefährdet. Oder der 54-jährige René, der wegen seiner Spielsucht depressiv wird und sich schliesslich die Pulsadern aufschneiden will. Sie alle sind Beispiele dafür, welche dramatischen Formen die Spielsucht annehmen kann. André Kuntz, leitender Arzt am Freiburger Zentrum für Abhängigkeits-erkrankungen, erwähnte diese Beispiele gestern an einer Medienkonferenz in Freiburg, mit welcher auf ein kommendes internationales Symposium zum Thema Spielsucht hingewiesen wurde. Dieses findet vom 27. bis zum 29. Juni an der Universität Freiburg statt. Ebenfalls präsent an der Medienkonferenz waren Gesundheitsdirektorin Anne-Claude Demierre (SP), Jean-Claude Simonet, Vorsteher des kantonalen Sozialamts, und Antoine Bays, Präventionsbeauftragter des Zentrums Reper.

«Koordinierte Politik»

«Die Spielsucht ist eine wachsende Herausforderung für die Gesundheits- und Präventionspolitik», hielt Anne-Claude Demierre fest. «Eine koordinierte Politik zur Vorbeugung der Überschuldung ist wichtig.» Gemäss Jean-Claude Simonet ist die Rolle des Gelds wesentlich in der Problematik der Spielsucht. «Zwei Drittel der Spielsüchtigen sind verschuldet», sagte er. Dieser problematischen Verschuldung gehe aber in der Regel eine lange Latenzzeit voraus. Erste Anzeichen der Spielsucht seien übermässige Kreditaufnahmen, zahlreiche Schulden, Lohnvorschüsse, unbezahlte



Glücksspiele wie Roulette können süchtig machen.

Symbolbild Keystone/a

Rechnungen und Steuerrückstände. Ein wichtiges Hilfsmittel sei der 2009 geschaffene kantonale Fonds für die Prävention und Bekämpfung der Spielsucht. Er werde durch 0,5 Prozent des Bruttospiel-ertrags der Loterie Romande gespeist und unterstütze Projekte in der Höhe von rund 250 000 Franken pro Jahr. Laut André Kuntz waren 2017 zwischen drei und vier Prozent aller insgesamt 600 ambulanten Behandlungen im Zentrum für Abhängigkeitserkrankungen der Spielsucht gewidmet.

Im Rahmen des Spielsuchtsymposiums, zu dem rund 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus allen Erdteilen erwartet werden, sind verschiedene Aktivitäten für die breite Öffentlichkeit vorgesehen, wie Antoine Bays aus-

führte: unter anderem eine «Roadshow» in Form eines mobilen Stands, an dem die Problematik der Spielsucht auf interaktive Art und Weise vorgestellt wird. Dieser 36 Quadratmeter grosse Pavillon wird vom 26. bis 29. Juni auf dem Python-Platz aufgestellt sein. Zudem sind zwei weitere Aktionen geplant. Am 6., 13. und 20. Juni organisiert der Verein Reper zudem im Quadrant drei Sensibilisierungsabende mit Workshops zum Umgang mit dem Internet, sozialen Netzwerken und Videospielen. Und am 16. Juni beantworten Fachpersonen in den Räumen von «Freiburg für alle» kostenlos Fragen zur Früherkennung von Spielsucht sowie zu den Themen Entschuldung, psychosoziale Therapie, Betreuung und Prävention.

Zahlen und Fakten

Es gibt etwa 3500 Spielsüchtige im Kanton

In der Schweiz gibt es laut der Freiburger Gesundheitsdirektorin Anne-Claude Demierre (SP) 94 500 Spielsüchtige, im Kanton Freiburg ungefähr 3500. Die Anzahl der Anfragen für die Behandlung von Spielsucht und von Folgen weiterer Online-Aktivitäten hat sich gemäss Demierre zwischen 2013 und 2016 verdoppelt. Die Sozialkosten der Spielsucht stellen in der Schweiz zwischen 550 und 650 Millionen Franken pro Jahr dar. Eine Langzeitstudie des Instituts für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Lausanne ergab, dass 4,5 Prozent aller Spielenden gefährdet

sind oder ein problematisches Spielverhalten aufweisen. Die Anzahl der Spielenden hat gemäss dieser Studie zwischen 2016 und 2017 um 2,7 Prozent zugenommen, die Anzahl der Spielenden mit problematischem Verhalten um 2,2 Prozent. Die verbreitetsten Spiele sind Lotterien und Wetten. Die meisten der 2200 befragten jungen Erwachsenen spielen um weniger als zehn Franken im Monat. Ungefähr zwölf Prozent von ihnen haben im Internet gespielt. Sechs von sieben sind männlich, und 40 Prozent der problematisch Spielenden haben auch spielende Freunde. *jcg*

Lenkt der Staatsrat nicht ein, streikt der VPOD

Die Gewerkschaft VPOD will ein starkes Zeichen setzen. Sie wehrt sich gegen ein neues Gesetz für das Spitalpersonal.

Nicole Jegerlehner

FREIBURG Der Staatsrat hat vorgeschlagen, das Personal des Freiburger Spitals HFR aus dem Gesetz über das Staatspersonal zu lösen und einem eigenen, flexibleren Gesetz zu unterstellen. Den Mitgliedern des Schweizerischen Verbands des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) passt das gar nicht. Rund 140 Personen haben sich gestern Abend im Saal des Café Le Jura in Freiburg versammelt.

Nächste Woche debattiert der Grosse Rat eine Motion, die mehr Flexibilität für das Spital verlangt. Die Gewerkschaften VPOD und Fede (siehe Kasten) verlangen, dass der Staatsrat zuerst mit dem Personal verhandelt, bevor Motionen zum HFR traktandiert werden. «Der Staatsrat hat vor, die Arbeitsverhältnisse des Spitalpersonals in allen Belangen zu verschlechtern», sagte Gaétan Zurkinden, Regionalsekretär des VPOD. Er erinnerte daran,

dass der Kanton ein Vermögen von einer Milliarde Franken hat. Da sollte der Kanton auch etwas Geld für das Spital haben. Das Spital könne alleine, indem es die Aufenthaltsdauer der Patienten verkürze, 40 Millionen Franken im Jahr einsparen. «Es gibt also Lösungen», sagte Zurkinden. «Und es bleibt Zeit für eine globale Diskussion.» Klar sei: «Weder das Gesetz über das Staatspersonal noch das Personal sind das Problem des HFR.»

Ein starkes Zeichen senden

«Wir müssen grossen Druck auf den Staatsrat ausüben, damit er die Debatte im Grossen Rat verschiebt und mit uns verhandelt», sagte Zurkinden. Eine Demonstration reiche nicht. «Wir sind in einer extremen Situation, in der es um alles geht.» Der VPOD-Vorstand schlug darum für nächste Woche Aktions- und Streiktage vor, sollte der Staatsrat nicht auf die Forderungen der Gewerkschaften

eintreten. Zurkinden betonte, dass ein Streik legal sei. Eine Pflegefachfrau sagte, sie habe Mühe damit, die Patienten unter dem Streik leiden zu lassen. «Können wir nicht eher die administrative Arbeit liegen lassen, so dass das Spital unsere Arbeit nicht fakturieren kann? Das würde das Spital treffen, nicht die Patienten.»

Eine andere Frau sagte, die Bevölkerung habe vom Staatsrat gehört, dass die Löhne des Freiburger Spitalpersonals über dem Schweizer Schnitt lägen. «Die Leute reiben uns das unter die Nase. Bevor wir streiken, müssen wir erklären, dass wir nicht zu viel verdienen.» Mehrere Personen betonten, dass die Kommunikation mit der Bevölkerung wichtig sei. Ein Pfleger sagte, es könne doch nicht sein, dass das Spitalpersonal, das sich engagiere, lange Schichten schiebe und Überstunden leiste, die Rechnung bezahlen müsse. «Wir müssen uns wehren.»

«Warum gehen wir nicht eher zu den Grossratsmitgliedern, die entscheiden, anstatt die Patienten in Geiselhaft zu nehmen?», fragte eine Frau. Eine andere antwortete: «Ich finde eher, dass wir in Geiselhaft sind, wenn der Staatsrat nicht mit uns verhandeln will.»

«Wir könnten ja beispielsweise in den Operationssälen erst nach den Ärzten ankommen», sagte eine Pflegefachfrau. «Wir lassen sie die Maschinen und die Patienten vorbereiten. Und wir füllen die Formulare für die Rechnungsstelle nicht aus.»

«Das Pflegepersonal opfert sich auf», sagte Zurkinden. «Doch jetzt müssen wir ein starkes Zeichen setzen und den Aktions- und Streiktag durchführen.» Nichts zu machen sei keine Option. «Wir hätten gerne verhandelt, aber wir haben keine Wahl.» Die Versammlung entschied einstimmig, nächsten Dienstag einen Streik- und Aktionstag durchzuführen – falls der Staatsrat nicht einlenkt.

Fede

Kein Streik, aber eine demonstrative Mittagspause

+ Die Mitglieder der Fede, der Föderation der Personalverbände der Staatsangestellten des Kantons Freiburg, haben sich bereits am Dienstagabend getroffen. Als sie mögliche Kampfmassnahmen besprachen, mussten die Medienvertreter die Versammlung verlassen (FN von gestern). Gestern hat die Fede mitgeteilt, dass ihre Mitglieder am 22. Mai einen Aktionstag veranstalten, wenn der Grosse Rat nächste Woche Motionen rund um das Thema Freiburger Spital HFR behandelt und die Debatte nicht aufschiebt; dies in Absprache mit dem VPOD (siehe Haupttext). Das HFR-Personal wird an allen fünf Standorten in der Mittagspause zwischen

12 und 13 Uhr die Arbeit niederlegen und sich in den jeweiligen Eingangshallen versammeln. Am Abend um 18 Uhr ist eine Demonstration auf dem Georges-Python-Platz in Freiburg geplant. Am 24. Mai versammelt sich das Spitalpersonal vor dem Rathaus und wartet auf die Grossratsmitglieder.

Laut Präsident Bernard Fragnière war in der Diskussion rasch klar, dass die Fede-Mitglieder nicht streiken wollen. «Viele haben sich gefragt, was ein Streik in einem Pflegeberuf überhaupt bedeutet», so Fragnière. «Da stellen sich auch ethische Fragen.» Daher müsse ein Streik in einem Spital, wenn schon, von langer Hand geplant werden. *njb*